



Attac-Aktion für eine Finanztransaktionssteuer

Fotos: Attac

Zu politisch, um gemeinnützig zu sein

Das Vorgehen des Frankfurter Finanzamtes gegen Attac wirft grundsätzliche Fragen auf



Jutta Sundermann

Bewegungsarbeiterin und
Mitbegründerin von Attac



Thomas Eberhardt-Köster

Mitglied des Koordinierungs-
kreises von Attac

Am 17. Oktober meldete die Frankfurter Rundschau als erste Zeitung, dass das Frankfurter Finanzamt dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac mit Sitz in der hessischen Metropole die Gemeinnützigkeit aberkennt – weil es zu politisch arbeite. Noch in der Nacht vor dem Erscheinen der Druckausgabe fragte die erste Nachrichtenagentur nach und ließ die Meldung über die Ticker laufen. Fast alle Medien berichteten und viele fragten: Wie viel Einmischung ist der Zivilgesellschaft in unserem Land eigentlich erlaubt?

Bei Attac liefen die Telefone heiß. Zahlreiche Organisationen schrieben Solidaritäts-Adressen und PolitikerInnen verschiedener Fraktionen kritisierten die Entscheidung scharf. Der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) erklärte seine volle Unterstützung. Seit Jahren gab es nicht so viele Spenden und Beitritte in so kurzer Zeit. Attac richtet sich nun auf eine längere Phase der Klärung ein. Noch läuft der Einspruch gegen den Bescheid; wird ihm nicht stattgegeben, geht es vor dem Finanzgericht weiter.

Erhellend sind Kontakte zu anderen betroffenen Organisationen, denen das zuständige Finanzamt ebenfalls mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit drohte, immer mit dem Vorwurf, sie handelten „zu tagespolitisch“. Im Falle von Attac wunderte sich die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: „Die von der Behörde beanstandeten Forderungen nach Finanzmarktregulierung und Vermögenssteuern erhebt Attac schon länger, die Arbeitsweise

der Organisation hat sich seit ihrer Gründung vor 14 Jahren kaum verändert.“

Außerdem passt es nicht zusammen, dass Vereine ganz selbstverständlich in Enquete- und Endlagersuchkommissionen oder an runde Tische berufen werden, aber jederzeit das lokale Finanzamt die Gemeinnützigkeit wegen politischen Engagements verneinen kann. Eine existenzielle Entscheidung, wenn auf einmal Zuschüsse und Spenden ausbleiben oder Steuernachzahlungen gefordert werden.

Attac kann diese Krise überstehen, wenn noch mehr Menschen „Jetzt erst recht!“ sagen. Letztlich wird es aber darum gehen, intensiver zu diskutieren, wie viel politisches Engagement und wie viel Widerspruch sich unsere Gesellschaft leisten will, was mit Gemeinnützigkeit vereinbar sein soll und was nicht. Was passiert gerade in diesem Land, in dem gerne über Politikverdrossenheit geklagt und von der Förderung bürgerschaftlichen Engagements gesprochen wird? Welches Bild geben staatliche Stellen heute ab? Es ist erst wenige Jahre her, dass Familienministerin Kristina Schröder (CDU) von Projekten gegen Rassismus eine Anti-Extremismus-Erklärung verlangte, auch stellvertretend für deren PartnerInnen. Das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit verschärfte unter Dirk Niebel (FDP) Auflagen und Zensur-Aktivitäten gegen geförderte Organisationen. Schließlich stoppte breiter Protest erst vor wenigen Jahren eine Verschärfung der Abgabenordnung, nach der jede Erwähnung eines Vereins im Verfassungsschutzbericht automatisch und unwiderlegbar den Entzug der Gemeinnützigkeit bedeutet hätte.

Das Thema Gemeinnützigkeit betrifft auch die Bewegungstiftung: Fördert sie nicht vor allem besonders wirksame Einmischungen mit gut geplanten Kampagnen? Und deshalb ist es wichtig und richtig, dass die Stiftung sich an den Diskussionen um neue Rahmenbedingungen von Gemeinnützigkeit beteiligt.

Termine 2015

**Strategiewerkstatt und Versammlung
der geförderten Projekte**

27. Feb. – 1. März

Nächster Antragschluss

7. April Bewegungstiftung
und Stiftung bridge

Aktionswoche der Kampagne „Atomwaffen – Ein Bombengeschäft“

Gastbeitrag von Philipp Ingenleuf, Koordinator der von der Bewegungstiftung geförderten Kampagne für einen Stopp von Investitionen in Atomwaffen



Aktionswoche „Atomwaffen – Ein Bombengeschäft“. Jogger in Stuttgart parodieren einen Commerzbank-Werbespot, in Berlin kommt eine selbst gebastelte Bombe zum Einsatz.
Fotos: Jens Volle/Ohne Rüstung leben und Xanthe Hall/IPPNW

Im Rahmen einer Aktionswoche vom 27. September bis 04. Oktober fanden bundesweit mehr als 20 Aktionen in 15 verschiedenen Städten statt, um einen Stopp der Investitionen in Atomwaffen zu erkämpfen. Schwerpunkt der Aktionen war die Commerzbank, die zusammen mit der Deutschen Bank und der Allianz die Top-Drei der deutschen Investoren bildet, und Firmen finanziert, die Atomwaffenkomponenten und Trägersysteme produzieren, entwickeln oder warten.

Die Aktionsformen waren von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich und kreativ. Gruppen machten einen „Die-in“, spielten Theater oder tanzten vor Bankfilialen. In Frankfurt am Main, Hamburg, Stuttgart und Schwäbisch-Gmünd verkleideten sich AktivistInnen als Jogger, eine Parodie auf den Commerzbank-Werbespot, in dem eine Angestellte als Joggerin durch Frankfurt läuft. In Bonn trat die Sängerin Blue Flower auf. In Berlin gab es einen Flashmob vor einer neuen Vorzeigefiliale, und es wurde mit einer riesigen selbst gebauten Bombe protestiert. Beim Verteilen der Flyer vor den Filialen konnten viele Kunden und Passanten in Gespräche verwickelt und auf das Geschäft mit der „Bombe“ hingewiesen werden. In einigen Städten sprachen die AktivistInnen direkt mit der Filialeitung der Commerzbank und konfrontierten sie unter anderem mit den Investitionen in Boeing oder Thyssen Krupp.

Boeing ist zum Beispiel an der Modernisierung der Atombombe B61 beteiligt, die zu tak-

tischen Nuklearwaffen umgebaut werden soll. Thyssen Krupp Marines stellte erst vor kurzem ein U-Boot fertig, das nach Israel exportiert wurde und laut eines israelischen Militärs mit Nuklearwaffen bestückt werden kann.

Die Commerzbank reagierte auf die Aktionswoche mit einem Statement, in dem sie darauf beharrt, dass sie auch weiterhin eine Vorreiterrolle mit ihren strengen Waffenrichtlinien einnehme. Auch in Zukunft wolle sie „Unternehmen finanzieren, die neben anderen Geschäftsfeldern zu einem geringen Teil auch im Rüstungsgeschäft aktiv sind“. Begründet wird dies damit, dass ein Einstellen der Geschäfte dieser Unternehmen gefährdet, die nichts mit Rüstung zu tun haben.“

Dass die Commerzbank mit den Geschäften ihren eigenen Richtlinien widerspricht, wird anscheinend wohl wissend in Kauf genommen. Denn diese sagen ganz klar: „Keine Fi-

nanzierung von kontroversen Waffen“. Dazu gehören natürlich auch Atomwaffen: Die Explosion einer einzigen Bombe würde schon katastrophale humanitäre Konsequenzen mit sich bringen. Die Missachtung der eigenen Richtlinien lässt Zweifel an der „Bank an Ihrer Seite“ und an dem Image der Commerzbank aufkommen.

Zum Autor: Philipp Ingenleuf

Koordinator von „Atomwaffen – Ein Bombengeschäft“, Sprecher der „Kooperation für den Frieden“ und Friedensarbeiter beim Netzwerk Friedenskooperative

www.friedensarbeiterIn.de

Die Kampagne „Atomwaffen – Ein Bombengeschäft“

Die Kampagne fordert: Kein Geld für Atomwaffen! Alle deutschen Finanzinstitute sollen ihre Investitionen in Firmen, die Atomwaffenkomponenten oder Trägersysteme herstellen, entwickeln oder warten, einstellen.

Weitere Informationen zur Kampagne, zur Studie „Don't Bank on the Bomb“ und zur Aktionswoche sind zu finden unter: www.atombombengeschäft.de

Was heißt „gewaltfrei“?

Ein Vorschlag unseres Stifters Bruno Haas zur Ergänzung der Förderrichtlinien



Demonstranten auf dem Tahrir-Platz in Ägypten fordern den Rücktritt des Präsidenten. Die ägyptische Revolution im Jahr 2011 verlief nicht nur friedlich. Foto: Sherif9282/CC-BY-SA-3.0

Im Folgenden drucken wir einen Vorschlag unseres Stifters Bruno Haas zum Thema „Gewaltfreiheit“ ab. Wir laden die Stiftungsgemeinschaft ein, den Text zu kommentieren und diese Kommentare an Matthias Fiedler zu senden. Wir werden die Kommentare sammeln und gegebenenfalls noch vor der kommenden Strategiewerkstatt (27. Februar bis 1. März), auf der wir das Thema mit Euch vertiefen möchten, stiftungsintern veröffentlichen.

Die Förderrichtlinien der Bewegungsstiftung formulieren zentrale Eckpfeiler der Förderung, und sie benennen das Selbstverständnis unserer Gemeinschaftsstiftung: was für uns geht, und was nicht. Da die Förderrichtlinien öffentlich sind, sind sie „Aushängeschild“ nach außen. Zudem werden die Kriterien in der Auswahl der Bewerbungen um Fördermittel konkret als Maßstab angelegt: Geförderte Projekte müssen etwa transparent arbeiten, fair mit dem politischen Gegner umgehen und Gleichberechtigung ernst nehmen. Das erste der Kriterien ist „Gewaltfreiheit“: *„Durch die Kampagnen dürfen das Lebensrecht, die körperliche Unversehrtheit und die Würde von Menschen nicht verletzt werden.“*

Das ist wichtig und beschreibt sicher einen Konsens in der Stiftungsgemeinschaft. Doch ist diese knappe Charakterisierung von Gewaltfreiheit präzise genug, lässt sie sich gut anwenden? Ich meine, nicht. Sie hat eine Lücke. Der Grund liegt darin, dass die Förderrichtlinie zu einer Zeit formuliert wurde, in der die Beteiligten den Wirkungsrahmen der Stiftung lediglich innerhalb Deutschlands sahen. Ich erinnere mich noch an die damalige Diskussi-

on, das war etwa im Jahr 2004: Wir dachten an den Unterschied zwischen Sitzblockaden und Farbbeuteln. Daher ist explizit von Gewalt nur *„durch die Kampagne“* die Rede: Eine Demonstration sollte nicht schon deshalb ausgeschlossen werden, weil sich ein Steinwerfer unter die friedlichen Demonstranten gemischt hat. Heute hat sich die Stiftung weiter entwickelt. Förderungen im Ausland werden mehr und mehr zur Normalität – und damit auch gelegentlich Förderungen in Regionen, in denen es gewaltsame, bewaffnete Konflikte, gar Bürgerkriege gibt. Unter solchen Umständen kann man ein Klima der Gewalt befeuern, auch ohne selbst Steine zu werfen.

Natürlich wird die Bewegungsstiftung weder Guerillagruppen noch bewaffnete Milizen in einem Bürgerkrieg direkt unterstützen, aber reicht das aus, um sich selbst konsequent gewaltfrei nennen zu dürfen? Ich meine: nein. Grundkonsens der Stiftung ist ein konsequentes Nein zu körperlicher Gewalt. Das muss so sein, weil Protest beinhaltet, den Regierenden und Mächtigen aktiv zu widersprechen, gegen sie und ihre Unterdrückung aufzustehen. Gerade dabei darf man sich mit

ihren Mitteln nicht gemein machen: Protest ist nur Protest, wenn es den politischen Gegner zum Dialog zwingt.

Mit „Adopt a Revolution“ haben wir 2012 ein Projekt bewilligt, dessen Initiatoren selbst keine Waffen in die Hand nahmen, aber versuchten, in einem zunehmend bewaffneten Konflikt politisch zu wirken. Sie taten dies unter anderem, indem sie Bürgerkomitees in ihrem zivilen Widerstand gegen das Assad-Regime unterstützten. Manche dieser Komitees sind später an den Punkt gekommen, an dem sie ihre Ziele nur zu erreichen meinten, indem sie offen ihre Sympathie für bestimmte bewaffnete Gruppen und deren Weg der Konfliktlösung äußerten.

Mein Verständnis haben diese Menschen – aber zählt das noch als „gewaltfrei“? Diese Frage ist anlässlich dieser, in der Stiftungsgemeinschaft umstrittenen, Förderung aufgenommen, aber ihr Belang ist grundsätzlicher: Es wird deutlich, dass unsere bisherige Formulierung eine Lücke lässt. Denn auch wenn die Formulierung tatkräftige Unterstützung militanter Gruppen etwa durch Bereitstellung strategischer Posten oder Spähdienste oder Gelder dafür ausschließt, vielleicht auch den Aufruf zum Lynchmob wie in Zeiten des Ku-Klux-Clans, kann man und wurde argumentiert, dass öffentliche Rede und Sympathiebekundung gegenüber den Taten anderer nicht eigene Gewalt darstellen, folglich die Förderrichtlinie nicht verletzen.

Daher halte ich es für notwendig, die Förderrichtlinie durch einen ergänzenden Satz zu präzisieren, der aus Diskussionen mit vielen engagierten Menschen in der Stiftung hervorgegangen ist: *„In Situationen, in denen Konfliktparteien versuchen, ihre Ziele mit gewaltsamen Mitteln durchzusetzen, ist das Kriterium in der Regel schon durch eine öffentliche Parteinahme für die Gewalt verübende Gruppe verletzt.“*

Das schafft Klarheit für alle Beteiligten. Es ändert nicht, was „gewaltfrei“ für uns heißt, sondern benennt nur unseren bestehenden Grundkonsens in einem Fall, der bisher Auslegungssache war: Gewaltfreier Protest endet dort, wo der Griff zu den Waffen als Weg zur Durchsetzung seiner politischen Ziele hoffähig gemacht wird.

Wer es über die Grenze schafft, ruft laut „Boza“

Stiftungsgemeinschaft diskutierte auf einer Veranstaltung im Oktober über Flüchtlingspolitik



Blick ins ferne Europa (oben), Diskussionsveranstaltung zu Flüchtlingspolitik in Fulda (links).
Fotos: Screenshot aus dem Film „Boza“ und Bewegungsstiftung

Ein Wald im Norden Marokkos. Mit einer Gruppe anderer junger Männer läuft Obama im warmen Pullover durch das Dickicht, ausgerüstet mit einer Taschenlampe und einer Tüte voll mit Brot. Ihr Ziel: die Grenze nach Spanien. Seit fast zehn Jahren versucht Obama immer wieder, die Grenzbeamten auszutricksen, doch die sind zahlreich. Seine Geschichte erzählt er in „Boza“, einem Film von Walid Fellaoui über den Fluchtweg von Menschen aus afrikanischen Ländern nach Europa. Die Bewegungsstiftung zeigte die Dokumentation bei einer Veranstaltung über Flüchtlingspolitik am 10. Oktober in Fulda, an der 18 StifterInnen teilnahmen. Mit dabei waren außerdem Miriam Edding von der Stiftung :do, die seit vielen Jahren Flüchtlingsinitiativen unterstützt, Elisabeth Ngari vom Förderprojekt Women in Exile sowie die Bewegungsarbeiter und Flüchtlingsaktivisten Rex Osa und Hagen Kopp.

Immer mehr Menschen machen sich auch auf den Weg über das Meer nach Europa. Viele von ihnen überleben die Überfahrt nicht. Der Weg ist weit, die Boote sind häufig schlecht in Schuss. Die Küstenwache Italiens geriet vor

einem Jahr in Schlagzeilen, weil sie Notrufe von Flüchtlingen ignorierte und schließlich mehr als 600 Menschen im Meer ertranken. Als Reaktion auf die fehlende Hilfeleistung der italienischen Küstenwache und auf die sich verschärfende Lage auf den Meeren hat Hagen Kopp zusammen mit Watch the Med am 10. Oktober ein Alarmtelefon für Flüchtlinge in Seenot gestartet. Flüchtlinge können die rund um die Uhr besetzte Telefonnummer anrufen, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Der Notruf wird an die Küstenwache weitergeleitet und deren Handeln überwacht.

Die Ankunft in Europa ist für die Flüchtlinge noch lange „nicht das Ende des Leidens, sondern der Beginn eines neuen Abschnittes“, so der Erzähler im Film. Die Flüchtlinge sind weder in Spanien noch Italien oder den anderen europäischen Ländern willkommen und werden so schnell wie möglich wieder zurückgeschickt. Entweder in ihre Heimat oder in das europäische Land, das sie zuerst betreten haben. Die dortigen Behörden sind aufgrund des Dublin-II-Abkommens für die Ankommenden zuständig.

„Viele Flüchtlinge sind traumatisiert, wenn sie in Deutschland ankommen. Sie haben lange und Energie raubende Fluchtwege hinter sich“, sagt die Kenianerin Elisabeth Ngari, die selbst vor langen Jahren als Flüchtling nach Deutschland gekommen war. „Hier erwarten sie dann nicht nur bürokratische Hürden, sondern auch Diskriminierung.“ Oder gar weitere Gewalt. Kürzlich schreckte die Öffentlichkeit auf, als bekannt wurde, dass Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma in einer Unterkunft für Asylbewerber im nordrhein-westfälischen Burbach Bewohner eines Heims gefesselt, geschlagen und getreten hatten.

Umfragen zeigen immerhin, dass es in letzter Zeit einen Umschwung in der öffentlichen Wahrnehmung gegeben hat. Mehr als 50 Prozent der Teilnehmer einer Befragung forderten beispielsweise, Deutschland müsse mehr Flüchtlinge aufnehmen. Ngari machte jedoch darauf aufmerksam, dass man vor allem bereit sei, politische Flüchtlinge und Menschen aus Bürgerkriegsländern wie Syrien aufzunehmen. Gegenüber Wirtschaftsflüchtlingsen verschließen man sich weiterhin. Rex Osa ergänzt: „Humanitäre Hilfe wird gewährt, Gerechtigkeit steht auf einem anderen Blatt.“

Der Film „Boza“ zeigt Flüchtlinge nicht als Opfer, sondern als Akteure für ihre eigene Sache. So dokumentiert der Film den Flüchtlingsmarsch von Straßburg nach Brüssel im Mai und Juni dieses Jahres. Er war ein gelungenes Beispiel dafür, dass verschiedene Strömungen innerhalb der Flüchtlingsbewegungen sich in den vergangenen Jahren vermehrt um Vernetzung untereinander bemüht haben, wie dies auch AktivistInnen auf der Diskussionsveranstaltung berichteten.

Die Bewegungsstiftung fördert diese Selbstorganisation nicht nur innerhalb ihres BewegungsarbeiterInnen-Programms sondern auch durch Kampagnen- und Basisförderung wie im Falle von Women in Exile. Nicht zuletzt die Debatte am 10. Oktober in Fulda hat gezeigt, dass die Stiftungsgemeinschaft Förderungen in diesem Bereich für wichtig hält und auch weiterhin wünscht. Und sie hat gezeigt, dass wir innerhalb der Stiftung differenzierte Debatten zu komplexen Themen führen können und wollen.

Unsere neuen Förderprojekte



Menschenkette am 8. August in Berlin in Vorbereitung der Anti-Kohle-Menschenkette am 23. August in der Lausitz

Foto: Uwe Hixsch

Zugvögel – Visa Wie?

Der Verein Zugvögel, interkultureller Süd-Nord-Austausch organisiert Freiwilligendienste für junge Erwachsene aus dem Globalen Süden und thematisiert, wie heute noch koloniale Muster aufrecht erhalten werden. Die Visa-Kampagne „Visa Wie?“ will Bewusstsein und Aufmerksamkeit für strukturell unfaire und rassistische Praktiken deutscher Behörden schaffen und langfristig auf eine menschliche, diskriminierungsfreie Visavergabepraxis hinwirken.

Förderung: 3.550 Euro

www.zugvoegel.org

Women in Exile (Basisförderung)

Die feministische Organisation Women in Exile versteht sich als eine der wenigen Schnittstellen zwischen Frauen- und Flüchtlingsbewegung. Ihr Ziel ist eine gerechte Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Diskriminierung mit gleichen Rechten für alle Menschen. Seit 2011 konfrontiert die Gruppe Women in Exile & Friends, zu der Frauen mit und ohne Fluchthintergrund gehören, die Gesellschaft mit den Problemen und Forderungen von Flüchtlingsfrauen und trägt diese an politische EntscheidungsträgerInnen heran.

Förderung: 45.000 Euro

women-in-exile.net

Bewegungsstiftung

BürgerBegehren Klimaschutz – Stadtwerke-Kampagne

Der gemeinnützige Verein BürgerBegehren Klimaschutz möchte mit seiner Stadtwerke-Kampagne lokale Initiativen dazu bewegen, mit direktdemokratischen Mitteln die Kohle aus dem Strom-Mix kommunaler Stadtwerke zu verbannen. Dadurch will der Verein auch die lokale politische Diskussion zum Thema Kohleausstieg anstoßen. Als Vorbild dient die von der Klima-Allianz koordinierte Stadtwerke-Kampagne von 2010.

Förderung: 4.500 Euro

www.buerger-begehren-klimaschutz.de

Share e.V. – Ich bin ein Handelshemmnis

Die vom Verein Share getragene Kampagne „Ich bin ein Handelshemmnis“ hat zum Ziel, das Handelsabkommen TTIP zu stoppen. Gleichzeitig sollen Freihandelsabkommen generell kritisch hinterfragt werden. Die Kampagne mobilisiert für die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (sEBI) gegen die Handelsabkommen TTIP & CETA und klärt zugleich über jene Konzerninteressen auf, die die internationalen Verhandlungen maßgeblich prägen. Begriffe wie „Investitionsschutz“ und „Handelshemmnis“ sollen entlarvt werden.

Förderung: 10.500 Euro

www.ich-bin-ein-handelshemmnis.de

Kotti & Co – Sozialer Wohnungsbau

Die Mietergemeinschaft Kotti & Co kämpft gegen die Verdrängung der Armen aus der Stadt durch steigende Mieten. Ziel ist es, die soziale Wohnraumversorgung in Berlin zu einer Frage der sozialen Daseinsvorsorge zu machen. Kotti & Co fordert daher eine Rekommunalisierung der Sozialwohnungen, in denen ein Großteil der Mitglieder selbst wohnt. In den vergangenen Jahren hat Kotti & Co es geschafft, die soziale Wohnungsfrage auf die politische Agenda zu setzen. Jetzt geht es darum, tatsächliche Veränderungen in der Wohnungspolitik durchzusetzen.

Förderung: 14.000 Euro

www.kottiundco.net

Aktion Agrar – Landwende jetzt! – Tierfabriken den Hahn zudrehen

Zum Jahreswechsel steht die Überarbeitung der Düngeverordnung auf der politischen Agenda. Das Projekt Aktion Agrar – Landwende jetzt! will eine konsequente Verordnung erstreiten und Tierfabriken den Hahn zudrehen. Dazu zeichnet Aktion Agrar die massive Konzentration in der Tierhaltung nach und fordert die Agrarwende. Eine Studie soll die Machenschaften der Massentierhalter rund um die Gülle und ihre Nebenwirkungen aufdecken. Eine Online-Kampagne soll BürgerInnen aktivieren, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Förderung: 13.800 Euro

www.landwende.de

Stiftung bridge

Fiff – Cyberspace

Der NSA-Skandal hat die Verletzlichkeit unserer Privatsphäre deutlich gemacht, nicht thematisiert wird jedoch die militärische Dimension der Ausspähung, der umfassende Missbrauch der Informatik und Informationstechnologie für den Cyberwarfare. Mit der Kampagne „Cyberpeace“ will das Fiff öffentlichen Druck auf Politik und Wirtschaft wecken, dafür zu sorgen, dass das Internet ausschließlich zu friedlichen Zwecken genutzt werden darf. Menschen sollen dazu bewegt werden, auf die Achtung der Menschenrechte im virtuellen Raum zu bestehen. Als Fernziel wird ein umfassender Bann offensiver Cyberwaffen angestrebt.

Förderung: 13.600 Euro

www.cyberpeace.fiff.de

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Jutta Sundermann, Thomas Eberhardt-Köster, Bruno Haas, Philipp Ingenleuf **Verantwortlich:** Johanna Treblin, treblin@bewegungsstiftung.de
Kontakt: Telefon 04231 - 957 539, Fax 04231 - 957 541, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de
Bankverbindung: Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., Konto 46 314 400, BLZ 430 609 67 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Die eigene Stimme finden“

Jamie Schearer ist neue Bewegungsarbeiterin. Im Interview erzählt sie von Erfahrungen mit Alltagsrassismus und ihrer Twitter-Kampagne #Schauhin



Jamie Schearer spricht im Jahr 2013 im US-Kongress über die doppelte Staatsangehörigkeit, die es in Deutschland praktisch nicht gibt.

Foto: Screenshot des Livestreams

Du hast vor etwa einem Jahr eine Twitter-Kampagne gestartet, in der Betroffene ihre Erfahrungen mit Alltagsrassismus schildern. Welcher der geschilderten Vorfälle hat dich besonders wütend gemacht?

Jamie Schearer: Viele der Erfahrungen sind sicherlich für die meisten Menschen neu, für mich jedoch Teil meiner Realität. Das tolle an #Schauhin war und ist, dass es Realitäten wie die meine sichtbar macht.

Du willst mit #Schauhin nun einen Verein gründen...

Genau. Es gibt viele Organisationen, die sich gegen Rassismus engagieren. Das Spezifische bei #Schauhin ist es, einen Austausch zwischen Communities anzuregen und die Perspektiven der einzelnen Communities sichtbar zu machen, während sich gleichzeitig beispielsweise Schwarze Menschen solidarisch gegenüber MuslimInnen zeigen – das, was wir von der Gesellschaft auch fordern.

Kannst du ein paar Beispiele für Alltagsrassismus nennen?

Alltagsrassismus ist kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem und äußert sich ganz unterschiedlich. Ich verfüge über einige Privilegien, weil Deutsch meine erste Sprache ist

und ich einen Universitätsabschluss habe. Das ermöglicht mir Zugänge im System. Somit hat der Alltagsrassismus, den ich als Schwarze Frau erfahre, viel mit Grenzüberschreitungen zu tun, wie in die Haare fassen, beim ersten Treffen gleich nach dem Stammbaum fragen, das Gegenüber exotisieren.

Nach Deutschland Geflüchtete erleben eine andere Art von Alltagsrassismus, da sie andere Voraussetzungen haben: Sie dürfen sich zum Beispiel in Deutschland nicht frei bewegen, weil es Vorschriften wie die Residenzpflicht verbieten, ihnen werden noch häufiger Menschenrechte abgesprochen und ihnen widerfahren Übergriffe, gegen die sie sich nur schwer wehren können, weil ihnen die Zugänge und Ressourcen fehlen, wie Geld für Anwälte.

Du hast dich lange mit rassistischen Anfeindungen abgefunden. Dann bist du aktiv geworden. Kannst du sagen, was dich dazu gebracht hat?

Es gab nicht die eine Erfahrung oder das eine Erlebnis. Das ist so ähnlich wie seine Stimme zu finden. Ich habe mich darin geübt, mich zu positionieren, mit anderen Menschen über Dinge gesprochen, die mich störten. Natürlich hatte ich mich auch schon lange für Politik interessiert und mich politischen Gruppen angeschlossen, die sich bereits mit dem Thema

beschäftigt hatten. Für mich ist es wichtig, im Team zu arbeiten. Eine einzelne Stimme hat weniger Gewicht als die Stimmen eines Kollektivs.

Neben #Schauhin engagierst du dich unter anderem bei der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland. Welches Projekt liegt dir besonders am Herzen?

Das Europäische Netzwerk gegen Rassismus für People of African Descent, das Schwarze Interessenvertretungen in Europa vernetzt, um gemeinsam gegen Anti-Schwarzen-Rassismus anzugehen. Das frisst gerade den größten Teil meiner Zeit, da wir im November das zweite Netzwerktreffen hier in Berlin veranstalten.

Seit Mitte des Jahres bist du Bewegungsarbeiterin. Was hat dich besonders gereizt, dich für das Programm zu bewerben?

Ich habe gemerkt, dass es extrem anstrengend ist, gleichzeitig zu arbeiten und Aktivistin zu sein – jedenfalls bei der Leidenschaft, mit der ich den Aktivismus betreibe. Es geht so viel Zeit für Organisation und Koordination drauf, und man ist darauf angewiesen, dass der Arbeitgeber die Zeit gibt, auch tagsüber an Treffen teilnehmen zu können. Als Bewegungsarbeiterin kann ich in Vollzeit meinem Aktivismus nachgehen.

Wie lautet dein erstes Zwischenfazit deiner neuen Rolle?

Ich hätte gedacht, dass es einfacher wäre und ich mich damit wohler fühlen würde, mich selbst zu promoten. Aber ich denke, es ist ein Lernprozess, auch gerade als Frau, selbstbewusster aufzutreten und für Unterstützung für meinen Aktivismus zu werben.

Werden Sie PatIn!

Schon mit 10 Euro im Monat können Sie die Arbeit von Jamie Schearer oder die der anderen BewegungsarbeiterInnen fördern. Alle Infos unter: www.bewegungsarbeiter.de